

# presse

---

AG des 1. Untersuchungsausschusses "Gorleben"

## Christdemokratische Phantom-Akten

*Zur Vernehmung des Zeugen Dr. Adalbert Schlitt im 1. Untersuchungsausschuss "Gorleben" erklärt die Obfrau der SPD-Bundestagsfraktion im 1. Untersuchungsausschuss "Gorleben" Ute Vogt:*

Der Zeuge Dr. Adalbert Schlitt war bis Ende 1976 Geschäftsführer der Kernbrennstoff-Wiederaufbereitungsgesellschaft GmbH (KEWA). Im Auftrag des Bundesforschungsministeriums hat die KEWA in zwei Untersuchungszeiträumen im Jahre 1976 dem Bund drei mögliche Endlagerstandorte benannt: Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh. Sämtliche Salzstöcke in den besagten Orten liegen in Niedersachsen. Gorleben befindet sich nicht auf der Liste, der Salzstock in Lüchow-Dannenberg fand gar keine Erwähnung in der KEWA-Studie. Der Zeuge Schlitt stellte in seiner Vernehmung klar, dass ab August 1976 überhaupt keine Untersuchungen an möglichen Standorten mehr vorgenommen wurden. Gorleben war bereits frühzeitig ausgeschieden. Trotzdem hatten die Regierungskoalitionen bislang mehrfach eine angebliche "Nachbewertung" des Bundes durch die KEWA ins Feld geführt, in welcher Gorleben angeblich der beste Standort sein soll. Diese völlig unbewiesene These hat der Zeuge Schlitt endgültig abgeräumt. Der KEWA-Geschäftsführer sagte aus: "Es gibt keine KEWA-Nachbewertung".

Damit ist endgültig bewiesen, dass das zentrale Beweisdokument der schwarz-gelben Koalition nicht existiert. Es ist ein christdemokratisches Phantom. Denn es gibt in 1.800 Aktenordnern keine Nachbewertung des Bundes zur Standortentscheidung pro Gorleben. Der Ermittlungsbeauftragte hat diese christdemokratische Phantasie-Akte ebenfalls nicht gefunden. Und nun bekannte der KEWA-Geschäftsführer, dass es keine sogenannte Nachbewertung seiner Firma gegeben habe. Mehr Beweis geht nicht.

Überdies hat der Zeuge Schlitt ausgesagt, dass auf Drängen der Energie-Versorgungsunternehmen (EVUs) Gorleben als mögliches Atom-

Endlager ins Auge gefasst wurde. Auch der von andern Zeugen geäußerte Verdacht, dass der niedersächsische Wirtschaftsminister Walther Leisler Kiep im Zusammenspiel mit dem Energieunternehmen RWE Gorleben ins Gespräch gebracht hat, wurde von dem Zeugen bestätigt. Die Verflechtung von Atomlobby und Politik war also bereits damals ähnlich wie unter der Merkel-Regierung.